

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

21.4.1921 (No. 92)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbeständen, in denen unserer Lesern keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

An die Bezirksämter ist folgende Anweisung ergangen: Da die Zulassung von Personenkraftwagen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen nur erfolgen darf, wenn für die Zulassung ein öffentliches Bedürfnis besteht oder sie das Wirtschaftslieben zu fördern geeignet ist, sind Zulassungsanträge, die nicht auf Zulassung zu öffentlichen Fahrten und ähnlichen Veranstaltungen bis auf weiteres grundsätzlich nicht zu gestatten.

Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte.

Durch das Reichsgesetz vom 11. März 1921 zur Entlastung der Gerichte ist die Landesgesetzgebung ermächtigt worden, die Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis zu Streitwerten von 300 M. zu erhöhen. In Baden soll auf Grund dieser Ermächtigung demnächst dem Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den die Bestimmung des § 115 des Bad. Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen entsprechend abgeändert wird. Zur Vereinfachung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß bis zum Inkrafttreten dieses Landesgesetzes die badischen Gemeindegerichte lediglich in dem bisherigen Umfang bis zu Streitwerten von 60 M. zuständig sind.

Die Staatsprüfung f. das höhere Lehrfach.

Die Meldungen zu der im Frühjahr 1922 abschließenden Prüfung für das höhere Lehramt sind spätestens bis zum 15. Mai d. J. an das Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen. Dies hat auch von denjenigen zu gelten, welche sich schon früher zu einer Prüfung gemeldet oder an einer solchen ohne Erfolg teilgenommen haben, unter Vorlage sämtlicher zur früheren Prüfung eingereichten und für die wiederholte Meldung erforderlichen Unterlagen zu ergänzenden Beilagen.

Kriegsteilnehmer haben einen militärischen Ausweis (Führungszeugnis, Kriegsstammrolle, Militärpaß) beizubringen. Denjenigen, welche wegen Eintritts in den Kriegsdienst von der Prüfung zurückgetreten sind, können die in der früheren Prüfung für die schriftlichen Hausarbeiten gestellten Aufgaben befreit werden und schon gelieferte Hausarbeiten — sofern sie den Anforderungen genügen — aufrecht erhalten bleiben. Um diese Vergünstigungen ist in der Meldung zur Prüfung ausdrücklich nachzusuchen. Meldungen zu Erweiterungsprüfungen sind spätestens bis 25. Dezember 1921 an das Ministerium einzureichen. Eine weitere Prüfung wird im Jahre 1922 nicht abgehalten werden, da es den Kriegsteilnehmern seit der Entlassung aus den Truppenverbänden im Anfang des Jahres 1919 möglich war, unter Benutzung der durch die Bekanntmachung vom 19. November 1918 zugestandenen Vergünstigung sich der Prüfung zu unterziehen.

Die Prüfung gilt nach besonderer Vereinbarung auch für Preußen, Sachsen und Hamburg, nicht aber für die anderen Länder. Eine gleiche Vereinbarung ist für das in Baden auf Grund des Vorbereitungsdienstes erworbene Anstellungsfähigkeitsergebnis nicht abgeschlossen. Die in der Prüfung für bestanden Erklärten werden auf Ansuchen einer höheren Schule zur Ablegung des Vorbereitungsdienstes zugelassen. Nichtbestandener jedoch nur, soweit dies innerhalb der für jede Anstellung festgesetzten Grenze möglich ist. Eine Übernahme in den staatlichen Dienst nach abgelegtem Vorbereitungsdienst kann bei der mehr als ausreichenden Zahl badischer Bewerber für nicht aus Baden stammende Bewerber nur ganz ausnahmsweise in Frage kommen.

Die Spiel- und Sporthurse an der Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe

Wegen eingetretener Schwierigkeiten wird der für die Zeit vom 25. April bis 7. Mai d. J. in Aussicht genommene Spiel- und Sporthurse für Lehrer an Volk- und Fortbildungsschulen auf die Zeit vom 13. Juni bis 25. Juni d. J. verschoben. Im Hinblick auf die große Zahl von Meldungen ist die Abhaltung eines weiteren Spiel- und Sporthurses nach dem oben genannten Kurse vorgesehen. Näheres wird noch bekannt gegeben werden. Die Zulassungsgesuche der für den Juni stattfindenden Spiel- und Sporthurse nicht berücksichtigten Bewerber bleiben für den späteren Kurs aufrecht erhalten und brauchen daher nicht erneuert zu werden.

Die Bekämpfung der Feldmäuse.

Der milde Winter und die lang anhaltende Trockenheit haben der Vermehrung der Feldmäuse wieder großen Vorschub geleistet, so daß in vielen Teilen des Landes über Mäuseplagen lebhaft geklagt wird. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß unsere gegenwärtige Lage keine Verminderung der Ernte irgendwelcher Art erlaubt. Bei verständnisvoller Zusammenarbeit aller Beteiligten und sachkundiger Anwendung der verfügbaren Mittel ist es wohl möglich, über die Mäuseplage Herr zu werden. Die Hauptsache ist dabei, daß mit den Maßnahmen nicht gewartet wird, bis sich die Feldmäuse massenhaft über die ganze Gemarkung verbreitet haben.

Die Bezirksämter sind deshalb angewiesen worden, mit allem Nachdruck auf die Gemeinden einzuwirken, daß sie sich eine wirksame Bekämpfung der Feldmäuse angelegen sein lassen. Das tierhygienische Institut in Freiburg, die Hauptstelle für Pflanzenschutz beim Landwirtschaftsministerium, stehen mit Rat und Tat zur Verfügung.

Der Existenzkampf der deutschen Presse.

Von Curt Amend.

Die deutsche Presse, die während des Krieges die schwersten Opfer zu bringen hatte, hat auch nach Beendigung des Krieges unter Aufbietung aller Kraft um ihre Existenz kämpfen müssen. Während sich viele andere Erwerbszweige in Handel und Industrie durch den Krieg und später dank der durch die hohe Nachfrage geschaffenen Gunst der Lage ganz erheblich bereichern konnten, hat das Druckerei- und Buchgewerbe während des Krieges und nach dem Kriege nicht nur nichts zurücklegen können, sondern weiterhin zusehen müssen. Die Tatsache, daß Tugende von Zeitungen in dieser Zeit eingegangen sind, kennzeichnet am besten diese ernste Situation.

Die beiden Hauptmomente, die für die schwierige Lage des Zeitungsgewerbes verantwortlich zu machen sind, sind der Mangel an Papier und die schwindende Höhe der Preise, d. h. vor allem der Papierpreise.

Der Wunsch der Zeitungen, ihren Lesern nach den Jahren der Beschränkung wieder mehr Lektüre bieten zu können, läßt sich naturgemäß nur dann befriedigen, wenn genügend Papier zur Verfügung steht. In diesen ausreichenden Mengen fehlt es aber. Oder es hat wenigstens den Anschein, als ob diese Mengen nicht vorhanden seien. Von vielen wird behauptet, daß an sich wohl genügend Papier vorhanden sei, daß aber die Papierindustrie entweder die Produktion künstlich einschränke, oder aber, daß verhältnismäßig viel Papier ins Ausland verschoben werde. Bekannt ist ja der Tat (nach staatsanwaltlicher Feststellung) ins Ausland gewandert sind.

Verschlimmert wird die Lage aber noch durch die stellenweise jedes Maß übersteigende Profitgier der Papierindustrie. In struppeliger Weise wird die Zwangslage, in der sich die Zeitungsbetriebe befinden, ausgenutzt, um ihnen das angeblich kleine Quantum lieferbaren Papiers zu Preisen aufzubringen, die selbst unter den heutigen Umständen unerhört hoch sind.

Bis zum 1. April bestand nun als Gegengewicht gegen diese von rein großkapitalistischen Interessen beeinflussten Bestrebungen der Papierindustrie die amtliche Zwangsbewirtschaftung, die die Papiermengen kontingiert und den Preis für das Druckpapier regulierte. Diese Zwangsbewirtschaftung ist durch Beschluß des Reichskabinetts mit Wirkung vom 1. April d. J. ab ganz plötzlich aufgehoben worden. Das Zeitungsgewerbe ist damit der großkapitalistischen Übermacht der Fabrikanten ohne jeden Schutz ausgeliefert worden.

Nur vorher aber hatte bereits das Papier Syndikat beschlossen, den Preis für Zeitungspapier mit Wirkung vom 1. April ab auf 3,60 M. pro Kilo festzusetzen. Daß der allergrößte Teil der Zeitungen diesen Preis nicht zahlen kann, werden die Papierlieferanten genau so wissen, wie die Reichsregierung selbst. Und es ist klar, daß die deutschen Zeitungsverleger sich vermittels ihrer Organisation sehr entschieden gegen eine derartige Preisfestsetzung ausgesprochen haben. Der überraschende Beschluß des Reichskabinetts, nach welchem die Zwangsbewirtschaftung sofort aufgehoben wird, hat selbstverständlich dieser Aktion berechtigter Abwehr einen geradezu verhängnisvollen Stoß versetzt.

Daß die Papierfabriken von der Notwendigkeit der Preiserhöhung überzeugt sind, braucht uns nicht weiter zu verwundern. Es gibt mehr wie eine Fabrik, die eine Dividende von 30, 40, 50 und noch mehr Prozent auswirft. Dieser Gewinn genügt aber offenbar den Direktoren und Aktionären noch nicht. Und deshalb muß eben der Preis gerade für die Papierwerke, auf welche die deutsche Presse einfach angewiesen ist, erhöht werden.

Wir möchten nicht glauben, daß der Beschluß des Reichskabinetts unwiderruflich ist. (Dieser Beschluß wird übrigens von der Wirtschaftsstelle des deutschen Zeitungsgewerbes auch formal als ungesetzlich angefochten.) Die deutsche Presse in ihren Existenzbedingungen zu schwächen und womöglich zu ruinieren, dazu hat die Reichsregierung doch sicherlich keine Veranlassung. Im Gegenteil! Regierung und Volk haben heute im Kampf um den Bestand des Reiches überhaupt nur noch die

Waffen des Rechtes und der Moral zur Hand. Diese Waffen lassen sich aber nur dann mit Erfolg führen, solange wir eine in ihren Daseinsbedingungen unerschütterliche deutsche Presse haben, eine Presse, die es sich angelegen sein läßt, Tag für Tag in ihren Spalten für die deutsche Sache einzutreten. Und mögen auch so manche peinliche Entartungen des Kampfes der Parteien untereinander erst dadurch gefährlich werden, daß sie in der Presse ihren Ausdruck finden, so ist, falls man nicht überhaupt der Presse die Rolle eines Sicherheitsventils zuerkennt, auch dieser Schaden gering zu werten im Vergleich mit dem ungeheuren vaterländischen Nutzen, den die deutsche Presse für uns hat. Ziehen wir der Presse den Boden unter den Füßen fort, so geben wir uns selber als Volk und Reich preis!

Von diesem Standpunkt aus wird sich ein jeder Politiker, ohne Unterschied der Partei für berechtigt halten, ernste Vorstellungen an die Reichsregierung zu richten und sie zu ersuchen, den für die Existenz der deutschen Presse verhängnisvollen Beschluß einer Revision zu unterziehen. Er wird sich umso mehr dazu für berechtigt halten, als ja auch die Steuergesgebung der letzten Jahre den Zeitungen Lasten aufgebürdet hat, die kaum noch zu ertragen sind. Anzeigensteuer, Umsatzsteuer, Porto und Frachterhöhungen lasten besonders schwer auf dem Zeitungsgewerbe und lassen es begrifflich erschneien, wenn heute von den berufenen Vertretern der Zeitungsbetriebe erklärt wird, daß eine neue Erhöhung des Papierpreises undiskutabel ist, da sie den Zusammenbruch der deutschen Presse nach sich ziehen müßte.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es gelingen möge, die drohende Katastrophe für die deutsche Presse abzuwenden. Reichsregierung, Parlament, Verleger- und Papierlieferantenorganisation werden zusammen einen Weg finden müssen, der die Weiterexistenz der deutschen Presse ermöglicht und garantiert. Vor allem aber wird es Sache der deutschen Zeitungen selbst sein, mit allem Nachdruck für ihre in der Wurzel bedrohten Lebensinteressen einzutreten.

Politische Neuigkeiten.

Die Vorbereitung des großen Raubzugs.

Havas meldet: Bei Schluß der Sitzung, die am Sitz des interalliierten Oberbefehls stattfand, hat ein sehr bekannter Sachverständiger, Marcell Hutin, folgende Mitteilungen gemacht: Es ist so ziemlich wahrscheinlich, daß die Militärbefehle den gegebenenfalls es nicht nötig haben werden, zur Mobilisation des Jahrgangs 1918 zu schreiten, da man der Überzeugung ist, daß der Jahrgang 1919 zur Erreichung der gesteckten Ziele durchaus genügen wird. Durch den Zustrom des Jahrgangs 1919 werden unsere Truppen der Rheinlandarmee zwecks Durchführung der geplanten Umschnürung des Ruhrgebietes um etwa 200 000 Mann verstärkt werden, denen es an Offizieren nicht fehlen wird, und diese Bestände dürften für den Augenblick mehr als genug sein. Der Sachverständige bemerkte dazu, daß der auf diese Weise gegen Deutschland ausgeübte Druck nach der Überzeugung aller so stark sein werde, daß es möglich sein werde, die Soldaten des Jahrgangs 1919 drei Monate nach ihrer Einberufung wieder zu entlassen. Die Einberufung des Jahrgangs 1919 dürfte jedoch nicht vor dem 1. Mai stattfinden und wird auf jeden Fall erst im kommenden Monat erfolgen. Die etwaige Einberufung des Jahrgangs 1919 wird für alle ohne Ausnahme gelten; es wird keine Ausnahme gemacht werden, höchstens vielleicht für die Landleute aus den befreiten Gebieten.

Nach dem Echo de Paris finden im Laufe dieser Woche weitere Konferenzen statt, an denen militärische und wirtschaftliche Sachverständige teilnehmen. Es scheint jedoch, daß das etwa neu zu befreiende Gebiet schon ungefähr bestimmt worden ist. Es umfaßt den ganzen Ruhrbezirk mit Ausnahme der Bezirke nordöstlich von Hamm und östlich von Herlohn und auch das sächsische Gebiet von Elberfeld, im ganzen einen Streifen von 75 Kilometer Länge und ungefähr 20 Kilometer Breite. Für die Befreiung glaubt man nur sieben Divisionen nötig zu haben. Bedenken hat das Blatt hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung des neu zu befreienden Gebietes. Man schätzt die Einnahmen, die man erzielen will, auf ungefähr 1 1/2 Milliarden Goldmark.

„Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel: Der Vormarsch der Franzosen in Deutschland wird mit Zustimmung und der vollen moralischen Unterstützung des englischen und des italienischen Kabinetts unternommen werden. Die wirklichen Schwierigkeiten für die Staatsmänner der Alliierten und für die Militärs bestehen in der Festlegung der Strecke des Vormarsches, denn die militärischen Pläne müssen unbedingt fertig sein, wenn die wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Ziele erreicht werden sollen.

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der VII. Bad. Krieger-Geld-Lotterie 3. Reihe.

Die deutschen Gegenanschläge.

Eine Nachrichtenagentur verbreitet die Nachricht, daß Amerika einen von Deutschland durch eine neutrale Macht ausgetragenen Fühler, der Amerika zu einer Vermittlungsaktion veranlassen sollte, abgelehnt habe. Wie das B. L. Z. erzählt, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Sie gehört zu den zahlreichen unzutreffenden Kombinationen der letzten Tage. Den tatsächlichen Sachverhalt wird der Reichsminister des Auswärtigen sobald als möglich bei der Beantwortung über die Reparationsfrage im Reichstage mitteilen.

Die „B. Fr.“ läßt sich aus Paris berichten: Hier eingetroffene Meldungen aus Berlin besagen, daß der deutsche Außenminister Dr. Simons am gestrigen Tage mehrere Male beim englischen Botschafter gewesen sei, um ihm die deutschen Gegenanschläge zu unterbreiten. Lord Aberdeen habe diese in großen Umrißen gehaltenen deutschen Vorschläge sofort dem englischen Außenamt zugesandt. Gleichzeitig soll auch Simons versucht haben, den englischen Botschafter dahin zu beeinflussen, daß er seiner Regierung vorschlägt, die militärischen Sanktionen noch nicht in Kraft treten zu lassen. Auch dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Dresel, sei der deutsche Wiederherstellungsplan zugegangen, der ihn sofort nach Washington abgehandelt habe.

Die Eier nach der deutschen Goldreserve.

Die Londoner Blätter melden, daß die alliierte Kommission zur Wiederherstellung Deutschlands eine letzte Frist für die Überbringung der deutschen Goldreserve in das besetzte Gebiet nach Köln oder Koblenz stellt. Diese Frist läuft spätestens am 22. April ab.

Die gewerkschaftlichen Grundsätze zur Reparationsfrage.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen die Leitsätze über die Reparationsfrage, die der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Reichsregierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Anerbieten über den Wiederaufbau Frankreichs gefordert, die der französischen Regierung sofort zu machen seien. Mittels einer großen internationalen Anleihe soll die Finanzlast auf Frankreich und Belgien gemildert werden. In Ausführung der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam soll ein internationales Reparationsinstitut gebildet werden, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeiten zu übertragen ist. Der eigentliche Wiederaufbau soll unter Beteiligung deutscher Arbeiterkräfte geschehen.

In neun Tagen 81 Pfund Sterling.

Der 50prozentige Abzug von der deutschen Einfuhr in England hat in den ersten neun Tagen nach der amtlichen Statistik nur 81 Pfund Sterling eingebracht, von welcher Summe noch die Kosten der Erhebung abgezogen sind. Verschiedene Blätter bemerken, dieses Ergebnis rechtfertigt vollkommen die Zweifel des Grafen Sforza an dem Ergebnis der Konferenz von London, als er auf die Unmöglichkeit eines praktischen Erfolges dieser wirtschaftlichen Strafmaßregeln verwies.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag überwiegt in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Festsetzung einiger Grenzabschnitte des Saargebietes an den Ausfuhr; auch ein Antrag der Kommunisten, den in München wegen Hochverrats zu 2 Jahren verurteilten Abg. Wendelin Thomas sofort aus der Haft zu befreien, ging nach kurzer Debatte an den Ausfuhr.

Es folgte ein weiterer Antrag der Unabhängigen, der die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen und Sondergerichte verlangt. Justizminister Heinze widerlegte zunächst die Annahme, daß die Ausnahmegerichte einem Minderheitsgefühl entspringen seien und daß ein Verfassungsbruch vorliege. Daraufhin wurde eine Reihe von Ausschlußberichten erledigt. Weiterberatung heute.

Die Kabinettsbildung in Preußen.

Im preußischen Landtag unterbrach nach 5 Uhr Präsident Reinert die Beratung der deutsch-nationalen Anträge über die Zwangswirtschaft durch die Verlesung eines Schreibens des Ministerpräsidenten Stegerwald, in dem es heißt: Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung eines preußischen Ministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei meiner Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenen Stimmen unter irigen Voraussetzungen abgegeben worden ist. Da ich nicht gefonnen bin, aus diesem Anlaß wegen des vermeintlichen Mißbrauchs des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe auf meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Ich ziehe daher meine Annahmeerklärung hiermit zurück. Die Verlesung rief große Bewegung im Hause hervor und wurde mit Vorwürfen auf der äußersten Linken aufgenommen. Präsident Reinert vertagte sodann die Weiterberatung und setzte auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung als 1. Punkt die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten.

Zu dem Briefe Stegerwalds erzählt das B. L. Z. von zuständiger parlamentarischer Seite, daß die Angelegenheit nur formale Bedeutung hat, da die Mehrheit des Landtags entschlossen ist, Stegerwald erneut zu wählen. Stegerwald legt Gewicht darauf, vor seinem Amtsantritt als Ministerpräsident die politisch-moralische Atmosphäre gereinigt zu wissen.

Wie die Blätter mitteilen, kann das Kabinett Stegerwald als gesichert gelten. Es wird ein reines Kabinett sein, das sich als Minderheitskabinett nur auf das Zentrum und die Demokratie stützt. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren die Blätter folgende Ministerliste: Präsident und Volkswirtschaftsminister Stegerwald, Justiz Am Schnöff, Handel Fischbeck, Landwirtschaft Warmbold, Kultus Becker (Staatssekretär im Kultusministerium), Inneres Dominikus (Oberbürgermeister a. D. von Schöneberg). Die Besetzung des Finanzministeriums scheint noch zweifelhaft zu sein. Die Blätter nennen für diesen Posten den Ministerialrat Nobis und den früheren Oberbürgermeister von Bosen.

Im Gegensatz zu dieser Ministerliste steht die von dem Stegerwald nahestehenden Blatt „Der Deutsche“ veröffentlichte Liste, die als Minister des Innern Schiffer, die als voraussichtliche Finanzminister den Präsidenten des Finanzamtes in Kassel Sämisch bezeichnen. Wahrscheinlich wird, den Blättern zufolge, Ministerpräsident Stegerwald bereits heute das Kabinett dem Landtag vorstellen mit einer programmatischen Erklärung. Er werde sein Mandat dem Landtag zurückgeben, sich aber sofort wieder als Ministerpräsident aufstellen lassen und das Vertrauensvotum verlangen. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ werde die beiden Rechtsparteien für ihn stimmen. Die Sozialdemokraten werden, wie der „Vorwärts“ mitteilt, gegen das Kabinett in schärfste Opposition treten.

Ein neues Moment in der Kriegsschuldfrage?

Das Mitglied des amerikanischen Senats Philipp Francis veröffentlicht im „Milwaukee Herald“ eine Reihe von Ar-

tikeln über die Ursache des Krieges. Er sagt in seinem letzten Artikel u. a.:

Am 16. März erhielt das Politische Volksblatt in Budapest ein Telegramm aus London, das zwar kein großes Aufsehen erregte, aber als eines der am meisten charakteristischen Dokumente über das Entstehen des Weltkrieges betrachtet werden muß. Das Telegramm meldete, daß der serbische Kronprinz in London, wo er nach seinem Aufenthalt in Petersburg soeben eingetroffen war, betrunken in einer Gesellschaft von anderen Trunkenbolden sich damit gerühmt hätte, daß er soeben mit Sazonow den Anschlag auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand vorbereitet habe. Wenn dieser seine beabsichtigte Reise nach Bosnien und Herzegowina ausführen werde, sollte er ausgeführt werden. Der Kronprinz sagte, daß beide davon überzeugt seien, daß dieser Mord den Krieg zwischen Serbien und Österreich-Ungarn herbeiführen würde und die unvermeidliche Folge würde sein, daß Deutschland seinen Bundesgenossen Österreich-Ungarn unterstützen werde, ebenso wie Frankreich seinen Bundesgenossen Rußland. Das Neue politische Volksblatt enthielt diese Depesche am 16. März 1914 und 12 Wochen später unternahm Franz Ferdinand seine Reise, auf der er ermordet wurde, genau so, wie der betrunkenen serbische Kronprinz es vorausgesagt hatte. In der kurzen Zeit zwischen der Vorbereitung und dem Mord wurden, wie die jetzt veröffentlichten Dokumente beweisen, in geheimen russischen Truppen aus Sibirien nach Rußland herangeführt, und die russischen Regimenter in Europaß-Rußland wurden in größerem Maßstab geheim mobilisiert, während der deutsche Geheimdienst nur sehr ungenaue Nachrichten erhielt. Es ist möglich, schreibt der Senator, daß die englische Regierung von den Verschwörern von Petersburg in Unwissenheit gehalten wurde. Doch es gibt Anzeichen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die französische Regierung genau davon unterrichtet war, daß die Falle, in der die Centralmächte gefangen werden sollten, bereits gestellt war und anfangs des Sommers 1914 zuschnappen sollte.

Von den Kommunisten.

Wie planmäßig die Kommunisten zu Osnabrück geputzt haben, erzählt in der „Tribüne“ ein kommunistischer Funktionär u. a. wie folgt:

„Was aber das Wichtigste ist, der K.A.P.D.-Geist wurde begünstigt durch das Dingen weniger der Exekutive oder der russischen kommunistischen Partei, sondern durch die heutigen Gewalttäter in Rußland, die in Deutschland unbedingt „etwas machen“ wollen. Nach ihren Theorien ist dies eine wirtschafts- und staatspolitische Notwendigkeit für Rußland. Hinzu kommt der recht unheilvolle, korumpierende Einfluß der russischen finanziellen Unterstützung, wie auch persönlicher Einfluß einer verhältnismäßig großen Anzahl in Deutschland auch an der letzten Aktion beteiligten Russen.“

Aber die an dem Sozialdemokraten Zimmer in Wetzlar (Rheinland) von Kommunisten verübte Missetat schreibt ein Augenzeuge:

Zimmer hat bei dem Überfall dieser entmenschten Horde zwölf Kopfschüsse, einen doppelten Beinbruch, einen Bruch des linken Armes und zwei Rippenquetsungen davongetragen. Daß die Missetat erst von ihm abließ, als sie glaubten, daß er tot sei, ist eine Tatsache, ebenso ist es Tatsache, daß sie bedauert haben, nicht mehr von uns erwischt zu haben. Wer in diesen Tagen hier war, hat mit Schauern sehen müssen, wohin die Wahnsinnsorgie dieser kommunistischen Verbrederelemente die indifferente Arbeitermasse führt. Jetzt ist hier natürlich großer Kaputtjammer, keiner ist es gewesen, keiner hat etwas getan, keiner hat eine Ahnung von Kommunismus. Heute kommt alles zu den noch vorher mit Totschlag bedrohten „Bosen“ und bittet um Hilfe. Es eilet einen ordentlich an vor sovjet Freigebit.

Die Arbeiter Stopp und Kaiser aus Teusenthal bei Halle a. S. waren beschuldigt, sich einem bewaffneten Haufen angeschlossen, Einbruch und Diebstahl begangen zu haben. Die Angeklagten führten an, in Teusenthal sei am 20. März ausgeklügelt und ausgeblasen worden:

Jeder Mann von 18 bis 45 Jahren hat sich sofort zu stellen, sonst wird er wegen Freigebit vor dem Feind mit dem Tode bestraft. Remd. Dowski.“

Remd war während des Aufstandes in Mitteldeutschland militärischer, Dowski politischer „Kommissar“. Die Angeklagten bewiesen beweiskräftig nach, daß sie unter dem Zwang ihrer sogenannten Vorgesetzten gehandelt hätten. U. a. mußten sie aus einer Grube vier bis fünf Zentner Sprengstoff requirieren und an Remd abliefern.

Im Stuttgarter „Kommunist“ (Nr. 48) wird erklärt: „Das Parteimitglied muß bereit sein ... sich auf Befehl der Partei zu erschießen. Kurz, jeder Eigenwille hört auf.“

Die unabhängige „Freiheit“ bemerkt hierzu: „Welcher Weisheitsart war doch der Herr Wilhelm, als er seine Soldaten anordnete, sie müßten nach seinem Befehl auf Vater und Mutter schießen! Der Stuttgarter „Kommunist“ hat ihn weit überboten. Immerhin, wäre es nicht am besten, die kommunistische Zentrale gäbe für die nächste Aktion diese Selbstmordparole endlich aus. Viel Ankläger würde dadurch ja nicht angerichtet, weil bis dahin alle halbwegs vernünftigen Arbeiter sich aus dem Tollhaus gerettet haben würden.“

Das Attentat auf die Siegestsäule.

Vor dem Sondergericht des Landgerichtes I in Berlin fand dieser Tage der Prozeß gegen die wegen des Attentates auf die Siegestsäule verhafteten elf Personen statt. Die Anklage lautet auf Hochverrat in Verbindung mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und Verbrechen gegen die Entmännungsgesetze. Die Verhandlung gegen Hölz, der gleichfalls am Siegestsäulenattentat beteiligt ist, ist endgültig abgetrennt worden, da die Nachtragsklage gegen Hölz beim Gericht noch nicht eingegangen ist. Die Angeklagten, die fast alle Mitglieder der K. A. P. oder der K. F. D. sind, haben zum Teil im Vorverfahren ein Geständnis abgelegt.

Die Angeklagten Baumbach, Lentke und Wolf wurden wegen mangelnden Beweises freigesprochen. Die Angeklagten Krantz und Staminski wurden wegen Vergehens gegen die Verordnung betreffend Waffenbesitz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Hochverrat und teils des Vergehens gegen die oben genannte Verordnung für schuldig befunden. Es erhielten Werdon, Hannemann, Schurshinski und Wähling je 6 Jahre, 4 Monate Zuchthaus, Ribbes und Neumann je 6 Jahre Zuchthaus. Die sechs letztgenannten wurden ferner zu je 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeits der Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Fette Dividenden.

Die industriellen Unternehmungen haben, so lesen wir im „Volksfreund“, fast ausnahmslos im verflossenen Jahr dank ihrer gewaltigen Preissteigerungen außerordentlich große Ge-

winne erzielt. Trotzdem ragt der Abschluß der Aktien- und Obligationen-Gesellschaft in Leipzig noch weit über das Maß hinaus, das die übrigen Gesellschaften erreicht haben. Der Bilanzmäßige Reingewinn dieser Gesellschaft beträgt 11 710 838 Mark, die Rückstellung aus Erneuerungsgründen 6 Millionen; für die Stärkung der Reserven sind zurückgelegt 1 550 500 M., dem außerordentlichen Reserfonds sind 3 Millionen zugeführt worden. Das ergibt einen eigentlichen Gewinn von 22 270 355 M. Da die Gesellschaft aber nur ein Aktienkapital von 6 Millionen Mark hat, so entsprechen 22 Millionen M. Überschuss einem Reingewinn von 370 Prozent.

Auch die Aktiengesellschaft für Chemische Industrie, Gelsenkirchen-Schalke, hat einen für ihre Aktionäre außerordentlichen günstigen Abschluß zu verzeichnen. Sie schlägt deshalb eine Dividende von 25 Prozent und eine Vergütung von 500 M. für die Aktie zu 1000 M., zusammen also 75 Prozent, vor.

Yap.

Die Amerikaner wollen Yap nicht den Japanern gönnen. Das ist ein billiger Scherz, der aber, so schreibt die „Peff. Bg.“, eine hochernste Frage birgt. Von dem Verhalten der Alliierten in der Frage von Yap wird die realpolitisch denkende Washingtoner Regierung ihre Stellungnahme gegenüber dem Vertrag von Versailles abhängig machen. Je entgegenkommender sich die alliierten Mächte in dieser Frage und in anderen Dingen, die amerikanischen Wünsche betreffen, erweisen werden, umso weiter will die Regierung des Herrn Harding der Entente Rücksichtnahme in den europäischen Angelegenheiten gewähren. Ja, vielleicht wird Amerika doch noch den Friedensvertrag, so weit er es angeht, in irgend einer Form, natürlich mit starken Vorbehalten, ratifizieren. So laßt Washington, und London und Paris lauschen mit Aufmerksamkeit. Das Foreign Office ist natürlich einseitig durch einen Pakt mit Japan gebunden, aber die englische Presse gibt zu erkennen, daß die Engländer auf die den Japanern gegebenen Kriegsverprechen stehen und viel lieber den mächtigen Amerikanern gefallen möchten. Und Frankreich geht noch weiter. Die französische Regierung hat Herrn Harding recht freundlich geantwortet. Entschieden kann sie allein zwar noch nichts, aber sie gibt ihre volle Sympathie gegenüber den amerikanischen Wünschen zu erkennen. Die Amerikaner werden ihren Willen haben. Der Oberste Rat wird im Gegensatz zu seinen früheren Entscheidungen, Yap den „Japanen“ wieder abnehmen. So wollen die Franzosen zwei Fliegen mit einem Schlag zur Strecke bringen: sie wollen einmal die Sympathie der Amerikaner in dem Konflikt mit Deutschland gewinnen, und sie wollen gleichzeitig dazu beitragen, daß sich das jugendlich etwas zu selbstbewußte Amerika noch tiefer in seinen Gegensatz zu Japan verrenne und dadurch auf dem Pacific gebunden werde. Denn sowohl für die Vereinigten Staaten wie für Japan ist die Frage von Yap zu einem nationalen Problem geworden. Fürwahr, man muß sagen, die französische Politik ist sehr geschickt.

Kurze polit. Nachrichten.

Der preussische Landtag genehmigte ohne Debatte die Resolution über den Zusammentritt des Provinziallandtages der Provinz Niederschlesien und die nachträgliche Erhebung von Provinzialsteuern für die Provinzen Ober- und Niederschlesien und nahm einen Antrag auf Einsetzung eines händigen Ausschusses von 20 Mitgliedern zur Wahrnehmung der preussischen Verkehrsinteressen an.

Der englische Bergarbeiterstreik. Wie die Londoner Blätter melden, ist eine neue Komplikation im Kohlenstreik eingetreten durch die Forderung des Kohlungsaussschusses der Bergarbeiter in Südwest, wodurch die Pumpenarbeiten in den Bergwerken eingestellt werden sollen. Desgleichen fordern sie den Rücktritt Hodges. Wie verlautet, wird hierauf der Konferenz der Bergarbeiter am kommenden Freitag ein Vertrauensvotum verlangt. Die Berichte über die Beschlüsse, die in den verschiedenen Bergwerksbezirken von den Kohlungsaussschüssen gemacht werden, zeigen, daß die Mehrzahl der Bergarbeiter entschlossen ist, auf einer Regelung der Lohnfrage durch einen finanziellen Ausgleich zu bestehen.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

LPD. Zur Frage der Arbeiterfahrarten und Sonntagsfahrarten hat Abg. Weismann (Soz.) im Landtage die folgende Anfrage eingebracht: 1. Ist die badische Regierung bereit, beim Reichsverkehrsminister dafür einzutreten, daß die ab 1. Juni geplante Erhöhung der sogenannten Arbeiterfahrarten, die zum Teil 200 und mehr Prozent betragen soll, sich in erträglichen Grenzen hält? 2. Ist die badische Regierung bereit, beim Reichsverkehrsminister für die baldige Einführung der Sonntagsfahrarten, die im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Fahrpreise eine zwingende Notwendigkeit ist, einzutreten?

Die Bevölkerungsbewegung in Baden von 1911-1920.

Die amtliche Statistik mußte aus naheliegenden Gründen während der Kriegszeit mit der Veröffentlichung von Zahlen über die Bewegung der Bevölkerung zurückhalten; das Material konnte lediglich gesammelt werden. Es können deshalb erst jetzt die Ergebnisse für das letzte Jahrzehnt dargestellt werden.

Die Geburtenziffer war schon vor dem Krieg in Baden erheblichen Schwankungen unterworfen. Man zählte vor drei Jahrzehnten noch etwas über 55 000 Lebendgeborene, zehn Jahre später rund 66 000 und im Jahr 1911, also noch weiteren zehn Jahren, 60 240 Lebendgeborene. Die letzten Friedensjahre standen bekanntlich im Zeichen des „Geburtenrückgangs“. Nach einer kleinen Zunahme im Jahr 1912 fiel in den beiden folgenden Jahren die Zahl auf 58 267 bzw. 58 092. Von Mitte Mai 1915 ab ist der Einfluß des Krieges zu beobachten; die Zahl der Lebendgeborenen ging auf 44 387 bzw. 31 053 in den Kriegsjahren 1915 und 1916 zurück und erreichte im Jahr 1917 ihren tiefsten Stand mit 28 615. Ebenso rasch wie die Lebendgeborenenzahl gesunken ist, schenkte sie auch wieder in die Höhe — ein erfreuliches Zeichen, daß noch Lebenskraft im deutschen Volke vorhanden ist. Von 20 177 im Jahr 1918 stieg sie binnen Jahresfrist auf 44 882 und übertraf mit 58 571 im Jahr 1920 sogar das Friedensjahr 1913 um rund 300. Der Ausfall an Lebendgeborenen während des Krieges berechnet sich aus Friedensjahr 1913 gemessen auf ungefähr 118 000.

Diesem großen Ausfall an Geborenen steht während des Kriegsjahre eine ungewöhnliche Zunahme der Sterbefälle von Zivilpersonen gegenüber. Die unglücklichen Ernährungverhältnisse, die seelische Überpannung und die körperlichen Anstrengungen usw. haben zahlreiche, insbesondere ältere Leute hart mitgenommen. Während vor dem Kriege ein händiges Zurückgehen der Sterblichkeit zu beobachten war (von 38 417 im Jahr 1911 auf 32 780 im Jahr 1914), zeigte sich schon im Jahr 1915 ein Anwachsen auf 38 660; die Zahl stieg dann —

... einer rückläufigen Bewegung im Jahre 1916 — im Jahre 1917 weiter auf 84 864 und im Jahre 1918 gar auf 40 446.

Bei dieser hohen Sterblichkeitszahl dürfen wir aber nicht übersehen, daß das Jahr 1918 in zweifacher Beziehung ein außerordentliches war. Nicht nur der Krieg hat ungünstig gewirkt, sondern auch eine weit verbreitete Grippeepidemie hat große Verheerungen angerichtet. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Vergleiche mit andern Jahren zu beurteilen. In den beiden folgenden Jahren war noch eine starke Nachwirkung der Kriegsjahre zu verspüren: Im Jahre 1919 starben 6928 und im Jahre 1920 (vorläufig ermittelt) 34 224 Personen.

Es sei hier nur angedeutet, wie außerordentlich schwierig es ist, zu einem richtigen Bild über den Einfluß des Krieges auf die Sterblichkeit der Zivilbevölkerung zu gelangen. Ganz verfehlt wäre es, wollte man bei einem Vergleich der Kriegsjahre mit den Jahren in den letzten Friedensjahren von den oben angegebenen Gesamtzahlen ausgehen, da die im Krieg gestorbenen Militärpersonen nicht eingerechnet sind. Man müßte sich also, soweit es sich um die Zivilbevölkerung handelt, auf die weiblichen Personen beschränken. Und selbst dieses Verfahren könnte nur zu unsicheren Schlüssen beizugehen.

Die Säuglingssterblichkeit hat zahlenmäßig nach dem Krieg wieder zugenommen. Von 4156 im Jahre 1917, dem niedersten Stand des betrachteten Jahrzehnts, wuchs die Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen auf 4239 bezw. 4914 in den Jahren 1918 und 1919 an und erreichte im Jahre 1920 nach dem vorläufigen Ergebnis 6743.

Besüglich der Zahl der Eheschließungen ist festzustellen, daß vor dem Krieg in Baden rund 16 000 Ehen im Jahre geschlossen wurden, im Jahre 1916 sank die Zahl auf 7788, fiel dann wieder auf 9065 bezw. 10 390 in den beiden folgenden Jahren und schloß nach dem Krieg auf nahezu das Dreifache 28 489 im Jahr 1919 und 31 968 im Jahr 1920.

Der Landesverband badischer Dentisten

Der Landesverband badischer Dentisten hielt letzte Tage in Billingen eine aus allen Landesstellen stark besuchte Landesversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Ullrich, eröffnete die 36. Generalversammlung, zu der auch die Behörden ihre Vertreter entsandt hatten. Aus dem von ihm erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß der Landesverband bad. Dentisten rund 450 Mitglieder umfaßt. Im Verlauf seiner Berichterstattung besprach der Vorsitzende verschiedene Organisationsfragen, sodann Beiträge mit Ortskrankenkassen und trat der Behelfsversicherung entgegen. Der Bericht wurde von der Versammlung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der Direktor des Karlsruher Fortbildungsinstituts, Kimmich, sprach sodann über die badische Dentistenprüfung, die er als sehr wertvoll bezeichnete. Im weiteren Verlauf der Generalversammlung erfolgte die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes, die die einstimmige Wiederwahl folgender Herren brachte: 1. Vorsitzender Herr Ullrich, 2. Vorsitzender Herrmann-Rannheim, Schriftführer Herr Ullrich, Kassier Herr Ullrich. Ein Antrag, das die vierjährige Wechselschicht und die Wechselschicht nur 3 Jahre umfassen solle, wurde mit großer Mehrheit angenommen. In Anerkennung seiner großen Verdienste um den Verband wurde sodann Herr Kimmich zum Ehrenmitglied ernannt. Als nächster Versammlungsort wurde Freiburg gewählt.

Eine Räuberbande vor dem Schwurgericht

Das Schwurgericht in Heidelberg begann seine Tagung mit einem sogenannten großen Fall. Auf der Anklagebank saß der verurteilte Ein- und Ausbrecher Schloffer Wilh. Goh und Verzeßel unter der Anklage der räuberischen Erpressung. Mit ihm arierten die Anklagebank der Tagelöhner Johann Bedenbach, der Arbeiter Heinrich Stecher aus Heidelberg, der Wacker Heinrich aus Karl Schwind von Medesheim, die sämtlich in der Nacht vom 18. u. 19. bei dem Landwirt Seltenreich einen Raubüberfall unternommen hatten. Der Anführer der Bande, Goh, hatte seine Kumpane mit Revolvern und Munition ausgestattet und ihnen aufgetragen, die Leute tot zu schießen, wenn sie Widerstand leisteten sollten. Die bei dem Raubüberfall gemachte Beute war nicht sehr hoch. Die Angeklagten hatten noch andere Raubüberfälle geplant, die aber nicht zustande kamen. Sie hatten auch beabsichtigt, die Katholikenmünze auf dem alten Heidelberger Friedhof aufzubrechen. Die Geschworenen beurteilten den Goh zu 10 Jahren Zuchthaus, den Heinrich Schwind zu 8 Jahren Zuchthaus, den Bedenbach zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den Stecher zu 10 Monaten Gefängnis. Goh und Schwind werden ferner unter Polizeiaufsicht gestellt und erhielten längere Exzessstrafen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperre. Die Annahme von Öl- und Frachtgütern nach allen badischen Bahnhöfen ist bis auf weiteres gesperrt. Als Ersatz werden nur zugelassen: Lebensmittel, Genussmittel, Arzneimittel, lebende Tiere, Sauerstoff- und Wasserstoffflaschen, Sämereien und Verpackungsmaterial für diese Güter.

Wannheim, 20. April. In der vergangenen Nacht ist durch Beschauer das Lager der Holz- und Kohlenhandlung von Philipp Lehmann gerührt worden. Der ungeheure Brand griff auch auf das anstehende Holz- und Bretterlager der Holzhandlung Otto Janson über, wo das Feuer ebenfalls reiche Nahrung fand. Der Brandherd bietet ein schreckliches Bild der Zerstörung. Den Feuerwehren gelang es nur unter Aufbietung aller Kräfte, den gewaltigen Feuerherd einzukümmern. Die Entstehung des Brandes ist noch ungewiß; der Gesamtschaden wird auf über eine halbe Million geschätzt.

LPD. Mannheim, 20. April. In Ludwigsbäsen wurden Anschläge angebracht, wonach die Rheinübergänge erst am 20. Mai in Kraft treten soll. Am Dienstag setzte wiederum ein gewaltiger Verkehr über die Rheinbrücke ein, der so stark war, daß die Fahrbahn zeitweise vollständig verstopft war und längere Verkehrsstockungen eintraten.

LPD. Bretten, 20. April. Die auf württembergischer Seite im Bau rüstig vorgeschrittene Bahnverbindung Bretten-Karlsruhe-Büdingen geht jetzt auch auf badischem Boden ihrer Vervollendung rascher entgegen. Die Grundstücksvermessungen sind in vollem Gange.

Baden-Baden, 19. April. Die Bemühungen um Erhaltung der Luftschiffhalle Baden-Dos zu sportlichen Zwecken sind durch die Unmöglichkeit der Entente ohne Erfolg geblieben. Die Halle muß daher bis zum 1. August d. J. abgebrochen werden. Sie wurde auf Abbruch um 295 000 M. an den Baumeisternehmer M. Wassermann verkauft.

LPD. Baden-Baden, 20. April. Die Leiche des im Kloster Lichtenal verstorbenen Erzbischofs Willibrod Benzler ist unter dem Beisein des Erzbischofs von Neuron nach dem Kloster Neuron überführt worden, wo die Beisetzung erfolgt ist. Die Trauerrede hielt Bischof Dr. von Keppeler von Rottenburg.

Oberkirch, 19. April. Eine große Kundgebung für den Reichsleiter Oberstleutnant bei dem deutschen Reichsland am Sonntag mittags auf Veranlassung der Stadtverwaltung und sämtlicher Parteien auf dem Marktplatz statt. Es hielten Ansprachen Reichsleiter Dr. Kopp und Bürgermeister Dr. Reiff. Die Versammelten beschloßen eine Resolution an den Reichskanzler zu senden, in der von der Reichsregierung die Erwartung ausgesprochen wird, daß sie unbegünstigt an der Anteilbarkeit Oberstleutnants und an dessen Verbleib beim deutschen Reichsland festhält.

Freiburg i. Br., 18. April. Der vor längerer Zeit angekündigte Kampf in der oberbadischen Textilindustrie tritt jetzt mehr und mehr in die Erscheinung. Im Zentrum der oberbadischen Industrie im Wiesental sind die Arbeiter zahlreicher Werke bereits im Ausstand, teilweise ohne Kündigung der Tarife und ohne Anrufung der Schlichtungskommissionen; teilweise wurde auch die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht eingehalten. In Freiburg selbst befinden sich etwa 1000 Arbeiter der beiden großen Webereien im Ausstand. Ihnen wurde gekündigt.

b. Schopfheim, 18. April. In einer von der deutsch-demokratischen, der deutschen nationalen, der sozialdemokratischen und der Zentrumspartei Schopfheim veranstalteten öffentlichen Protestversammlung gegen die Besetzung Oberstleutnants vom Deutschen Reich, welche am 17. April d. J. unter zahlreicher Beteiligung aller Bevölkerungskreise der Amtsstadt und der Umgebung auf dem Marktplatz in Schopfheim stattfand und zu einer eindrucksvollen vaterländischen Kundgebung sich gestaltete, wurde nach einer feierlichen Ansprache des Herrn Reichsleiter Dr. Kirck einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie niemals in eine Abtrennung von Teilen Oberstleutnants vom Deutschen Reich einwilligt. Oberstleutnant gehört zu Deutschland durch eine jahrhundertlange, gemeinsame Geschichte und verdient deutscher Arbeit und deutscher Kultur seine blühende Entwicklung. In sich selbst ein unteilbar, organisch einheitlicher Wirtschaftskörper bildet Oberstleutnant mit seiner Landwirtschaft, seinen Bodenschätzen und seiner Industrie einen lebensnotwendigen Bestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Die große Mehrheit seiner Bevölkerung ist bei der Abstammung für Deutschland eingetretet. Oberstleutnant muß daher ungeteilt beim Reich bleiben!“

Diese Entschließung ist an den Reichskanzler weitergeleitet worden.

Geislingen b. Waldshut, 20. April. Befamlich waren im letzten Herbst alle Bemühungen, genügend Tafelobst zu annehmbaren Preisen zu erhalten, beinahe resultatlos. Die Ursache dieses Mangels zeigte u. a. eine Anzeige in der „Deutschen Reichszeitung“, in der die badischen Obst- und Gemüseverwerke A. B. in Geislingen angeführt 60 000 Liter garantiert reines Tafelobst als prima Tafelobst, Ernte 1920, 7 bis 9 Prozent Alkohol, besonders geeignet für die Selbstfabrikation zum Verkauf ausgeschrieben.

Aus der Landeshauptstadt.

Witteilungen aus der Stadtratsitzung vom 14. April
Wasserkräftverpachtung. Die Wasserkräftanlage der ehemaligen Schwarzwälderischen Mühle in Klein-Rüppur wird an den Schmiedemeister Karl Heupke in Sulz gegen eine Jahrespacht von 20 000 M. verpachtet.

Strafenbefreiung beim Landestheater. Von verschiedenen Seiten, u. a. auch der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels, wurde eine bessere Belegung der Zugangstropfen zum Landestheater, namentlich im Interesse der daselbst verweilenden Fremden, dringend gewünscht. Diesem in der Tat berechtigten Wunsch ist dadurch entsprochen worden, daß in diesen Zugangstropfen (Herrenstraße, Marktplatz, Schloßplatz, Markt, Ritterstraße und Hans-Thoma-Straße) jetzt insgesamt 14 Laternen in Betrieb sind. Auch wurden an einigen Laternen durch rote Aufmalung Begleiter nach der Straßenbahn-Haltestelle Kaiserstraße-Herrenstraße angebracht.

Beiträge. Für die Volksbibliothek (Reichshalle) des Karlsruher Männerhilfevereins wird ein Jahresbeitrag von 3000 M. für die Volksbibliothek des Vereins Volksbildung ein solcher von 2000 M. im Entwurf des Haushaltsplanes für 1921/22 vorgezogen.

LPD. Der Badische Frauenverein veranstaltete am Mittwoch nachmittags 5 Uhr im Konseratoriumssaal eine von musikalischen und dramatischen Darbietungen umrahmte Gedächtnisfeier für die ehemalige Kaiserin Auguste Viktoria. Nach einer Ansprache von Geh. Rat Müller, hielt Stadtpfarrer D. Hefelbacher-Baden-Baden die Gedächtnisrede, in der er die Kaiserin als deutsche Frau und deutsche Mutter schilderte und ihre Bestrebungen auf dem Gebiet der Wohltätigkeit und auf den verschiedenen in die Aufgaben der Frauenvereine fallende Gebiete würdigte.

Volksbühne Karlsruhe. Als Opernvorstellung für das laufende Vierteljahr (April bis Juni) gibt die Volksbühne ihren Mitgliedern im Landestheater die dreitägige komische Oper von Koching „Der Wildschütz oder die Stimme der Natur“. Leider ist aus Betriebsgründen das Landestheater nicht mehr in der Lage, die Tage für die einzelnen Opernvorstellungen vorher festzulegen. Jeweils mindestens 10 Tage vor den einzelnen Vorstellungen werden diese in den Tageszeitungen bekannt gegeben. Zum größten Bedauern der Volksbühnenleitung war es infolge der Vorbereitung zu Neueröffnungen in der Oper sowie der Ring-Aufführung nicht möglich, im Verlauf des April eine Vorstellung für die Volksbühne zu bekommen. Die erste Aufführung des „Wildschütz“ (O 1) ist nunmehr auf Samstag, den 7. Mai festgesetzt.

Badische Gemeindeschau.

Baden-Baden, 19. April. Zur Errichtung von 80 Wohnungen wird aus städtischen Mitteln der Betrag von 5 250 000 M. zwei hiesigen gemeinnützigen Bauvereinigungen bereit gestellt, 600 000 M. werden für Baudarlehen bewilligt, 200 000 M. für Uml- und Einbauten, 30 000 M. für Instandsetzen von Flüchtlingswohnungen und 690 000 M. für Eigenbauten der Stadt. An Landesdarlehen stehen im laufenden Jahre nur 350 000 M. zur Verfügung. Die Stadt wird sich um weitere Zuschüsse bei Staat und Reich bemühen. — Den Bemühungen des Jugendamtes ist es gelungen, auch hier die Quätersperre durchzuführen.

Mannheim, 20. April. Der Stadtrat hat den Ausbau des Spitals für Lungentranke beschlossen. Die Kosten dafür belaufen sich auf nahezu 1 800 000 M.

Emmendingen, 20. April. Um den Bürgermeisterposten sind 8 Bewerbungen eingegangen, fast alle aus dem badischen Unterland.

Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Die kommunistischen Pläne in Konstanz.

Unter dieser Überschrift schreibt F. Runding in der „Konstanzer Zeitung“:
„Die Vereinigte Kommunistische Partei Konstanz erklärt, es seien von ihr keine Listen aufgestellt worden. Von kommunistischer Seite hören wir weiter, daß die veröffentlichten Listen älteren Datums seien. Daß in jedem Falle eine Verleugnung erfolgen würde, war vorauszu sehen: Nun gilt es eben den Beweis zu führen. Wir selbst haben die Publikation erst aus anderen hiesigen Zeitungen übernommen, können also dem Austrag der Sache neutral zusehen.“

Daß sich eine allgemeine große Erbitterung gegen die Kommunisten wendet, ist eine Erscheinung, die durch diese spezielle Angelegenheit nur ausgelöst wurde. Man hat das verantwortungslos, ja verbrecherische Treiben der linksradikalen Propaganda endlich satt, zumal die Vorgänge in Mitteldeutschland gezeigt haben, daß man in diesen Kreisen sehr leicht zur Tat schreitet und sich nicht auf das Wort beschränkt. Was dort geschah, ist derart, daß wir es nicht unter Politik rechnen können. Es sind das einfach gemeine Verbrechen, für die es keine Entschuldigung gibt.

Was hat aber die Kommunistische Partei in Konstanz mit diesen Vorgängen in Mitteldeutschland und in Hamburg zu tun?

Die Vereinigte Kommunistische Partei Konstanz ist eine Organisation der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands und führt deren Aufträge, die dieser wieder, nebst Geldmitteln, von Moskau zugehen, so gut sie kann, aus. Als kürzlich in Mitteldeutschland auf direkten Befehl der russischen Bolschewiken der Aufruf losbrach, der vielen Menschen das Leben gekostet hat und vieles Gut zerstörte, da waren auch die hiesigen Kommunisten bereit, ein Feuer anzuzünden. In großer Zahl verteilten sie einen Handzettel, der zum Besuch der Versammlung auf der Marktplatz aufforderte. Welche erbauenden Dinge da vom „Arbeiter“, vom „Genossen“ verlangt werden, mögen einige Sätze beweisen, die wir diesem Handzettel entnehmen. „Es heißt da: Auf zum Kampf! Seid gerüstet, seid bereit! Die Stunde des Kampfes ist gekommen!“ — „Das ganze, konterrevolutionäre Banditentum stützt sich auf die Provinzen und Ortlichkeiten der Arbeitererhebung.“ — „Ergreift endlich eure Pflicht: Entwerft die Bourgeoisie! Bewaffnet Euch! Bildet überall Aktionsausschüsse! — Alle Mittel der Sabotage und der Gewalt müssen Anwendung finden!“

Soviet aus diesem erbauenden Blatt, das vor uns liegt. Es mag beweisen, daß man an jenem Tag nicht gerade zum Buchschmappen auf der Marktplatz zusammenkam. Wenn es damals nicht zu ernstlichen Ereignissen kam, so ist es offenbar in erster Linie der besonnenen Haltung der sozialdemokratischen Arbeitererschaft zu danken, die das Verbrecherische nicht mitmachte, ferner dem Umstand, daß sich nur ein kleines Häuflein zusammenfand, dem eine erbitterte Stimmung des Bürgerrechts — und weitreichende, schnell wirksame Vorkehrungen gegenüberstanden.

Es ist doch durchaus naheliegend, daß man sich nach russischem Vorbild nicht mit theoretischen Plänen für eine revolutionäre Erhebung begnügt, sondern, wie es ja das erwähnte Flugblatt fordert, Ausschüsse usw. bildet, von denen eben die sozialdemokratische Presse die Listen veröffentlichte.

Wir sind keine Freunde davon, daß man unzulässig verallgemeinert, weil da leicht Unschuldige mitleiden müssen. Es muß aber auch der hiesigen Kommunistenpartei endlich klar werden, daß sie in dem Fall, wo sie die verbrecherischen Forderungen ihrer, übrigens von Moskau bestimmten, Führer übernimmt, sie auch hier die vollen Konsequenzen zu tragen hat. Es sei keinem benommen, daß er den Kommunismus als Weltanschauung und politisches System vertritt und für ihn wirbt, wo er kann. Wer ihn aber mit den Mitteln des Verbrechens und der Gewalt gegen die Mehrheit seiner Volksgenossen anstrebt, dem wird diese Mehrheit rechtzeitig in den Arm zu fallen haben.“

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unter dem 29. März d. J. beschlossen, den Professor Dr. Oskar Ballweg von der Oberrealschule in Pforzheim in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule in Karlsruhe zu versetzen und den Lehrstuhlpraktikanten Dr. Oskar Reiff von Bruchhausen zum Professor an der Oberrealschule in Karlsruhe zu ernennen.

Aus der Pfarre Herrmann'schen Dienstbotenstiftung in Heidelberg sind für das Jahr 1921 Preise in Beträgen von 60 bis 100 M. zu vergeben an männliche und weibliche Dienstboten ohne Unterschied des Bekenntnisses aus dem vormaligen badischen Reichslande, die sich durch Anhänglichkeit und Treue, vielfährige, mit persönlicher Aufopferung verknüpfte Dienste usw. ausgezeichnet haben und wegen Alters, Gebrechlichkeit, Armut usw. einer Unterstützung vorzugsweise bedürftig sind. Zu den berechtigten Orten gehören: alle Orte der hiesigen Amtsbezirke Oberbach, Heidelberg, Mannheim, Rosbach, Schwetzingen, Weinheim und Wiesloch und sämtliche Orte des hiesigen Amtsbezirks Sinsheim, die Stadt Hilsbach ausgenommen; vom Amtsbezirk Adelsheim die Gemeinden: Groß- und Kleinsiedelheim; vom Amtsbezirk Bruchsal die Gemeinden: Guttenheim mit Mittelhof, Oberhof und Unterhof, Kierlach, Kronau, Reudorf, Oberhausen mit Baghäusel, Philippsburg mit Engelmühle, Rheinhangelsfeld und Schönborner Mühle, Rheinhausen, Rheinsheim und Wiesental mit Hegelehütte nebst Forsthaus und Schmierhütte; vom Amtsbezirk Buchen die Gemeinde Heibersbach mit Heibersbacher Mühle und Hegelehütte.

Dienstboten aus den berechtigten Orten, die sich um einen Preis bewerben wollen, haben ihre Gesuche mit Zeugnissen über Alter, Dienstzeit, Verhalten, etwaige besondere Empfehlungsgünde usw. bei dem Gemeinderat ihres Wohnortes binnen vier Wochen einzureichen. Die Gemeindebehörden werden diese Gesuche mit Zeugnissen nach Benehmen mit dem betreffenden Pfarramt und mit gutachtlicher Äußerung an das Bezirksamt einsenden.

Karlsruhe, den 6. April 1921.
Verwaltungsamt.

Die Errichtung einer neuen Apotheke in Emmendingen betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer in Emmendingen neu zu errichtenden Apotheke wird mit der Maßgabe ausgeschrieben, daß die Übertragung der Konzession auf die Stadtgemeinde Emmendingen vorbehalten bleibt. Bewerbungen um die persönliche Berechtigung zum Betrieb bezw. um die Recht der Apotheke sind unter Anfügung der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen hierher vorzulegen.

Karlsruhe, den 15. April 1921.
Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Klein.

Amtliche Bekanntmachung.

Rau- und Klauenfische betr.
Nachdem in der Gemeinde Eggenstein die Rau- und Klauenfische vollständig erloschen ist, werden die unter dem 7. Januar 1921 erlassenen Maßregeln bezüglich des Sperr- und Beobachtungsgebietes und des 15 km. Umkreises aufgehoben.
Karlsruhe, den 12. April 1921.
Bezirksamt. O.3.64

Freitag, den 22. April:
Landestheater. **Konzerthaus.**
Francois Villon **Volksbühne N 3**
Die Journalisten.
7 bis 10 Uhr. Mk. 17.00 7 bis 10 Uhr.

Im Landestheater. Sa. 23.: Der Ring des Niebelungen. Vorabend. Das Rheingold. 7. (17.00). — So. 24.: Erster Tag. Die Walküre. 5. (20.00). — Die 26.*: Fräulein Witwe. Scharnsteil. Lottcheas Geburstag. 7. (12.00). — Mi. 27.: Zweiter Tag. Siegfried. 4 1/2. (17.00). — Do. 28.*: Sebastian. 6. (12.00). — Fr. 29.*: Violetta. (La Traviata). 7. (17.00). — Sa. 30.*: Neu einstudiert. Des Meeres und der Liebe Wellen. 1/2. (12.00). — So. 1. Mai: Dritter Tag. Götterdämmerung. 4. (20.00).
Im Konzerthaus. So. 24.*: Zum ersten Mal. Der neue Papa. Schwank in 3 Akten von Robert Bürkner. 7. (11.00). — Die 26.*: Volksbühne. N. 4. Die Journalisten. 7. — Fr. 29.: Volksbühne. N. 5. Die Journalisten. 7. — So. 1. Mai: Der neue Papa. 7. (11.00).
Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 23., nachm. 3.30—5 Uhr, allgemeiner Verkauf von Montag, den 25. an. S.107
Sonderkarten zum Niebelungenring werden bis Beginn der Aufführung von Rheingold abgegeben.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmentabrik 3842 Karlsruhe, Kaiserstr. 128 u. Karlstraße
Wandbilderschmuck
Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

Westerwälder Rohbraunkohlen
für Industrie und Hausbrand liefert prompt zu Syndikatspreisen
Jósef Lefevre, Köln-Sülz
Zülpicherstraße 278. S.152

Bestellung auf Kohlen
Koks, Briketts u. Brennholz
werden von heute ab täglich von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr, Samstags 8 bis 2 Uhr, ununterbrochen in meinem Büro, Kaiserstraße 118 II (Eingang durch den Glasabschluß) entgegengenommen.
J. Vogt Wwe. Nachf. August Merkle.
Telephon 4789 Kaiserstraße 118 II Telephon 4789
Ich bitte genau auf meine Firma zu achten.
Lt. aml. Bekanntmachung des Kohlenamts finden Umschreibungen bis 30. 4. 21 statt. Ich bitte diesen Termin genau zu beachten.

Berein Volksbildung (E. B.) Karlsruhe
Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder zu der am Montag, den 25. April, abends pünktlich 8 Uhr, stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung im Kontordia-Saal des Restaurant Rosinger ein.
Tagesordnung:
Antrag des Vorstandes auf Auflösung des Vereines.
Der Vorstand:
A. von Dörfelhäuser.

Bekanntmachung.
Bei der am 16. April 1921 vorgenommenen urkundlichen Auslosung von Schulverschreibungen der Stadtgemeinde Billingen wurden zur Heimzahlung gezogen:
Lit. A Nr. 51, 67, 69, 128.
Lit. B Nr. 22, 25, 27.
Lit. C Nr. 26.
Lit. D Nr. 13.
Lit. E Nr. 61.
Die Einlösung erfolgt vom 15. November 1921 an durch die Stadthauptkasse; vom 1. Dezember 1921 an hört die Verzinsung auf.
Von der letztjährigen Auslosung sind noch rückständig:
Lit. B Nr. 19. Lit. C Nr. 35.
Billingen, den 18. April 1921. S.154
Gemeinderat.

Ratshreiber gesucht!
Die Gemeinde Wühlertal sucht einen tüchtigen, soliden, in allen Zweigen der Verwaltung durchaus bewanderten
Ratshreiber.
Der Eintritt hat sofort oder möglichst bald zu erfolgen. S.151
Gesuche sind unter Angabe der bisherigen Dienstfähigkeit und Gehaltsansprüche unter Anschließens Lebenslaufes sofort beim Gemeinderat einzureichen. Wühlertal, 20. April 1921.
Der Gemeinderat.

Papierholzverkauf
Das Forstamt Loosbros verkauft unter der Hand den diesjährigen Papierholz-anfall von etwa 2000 Ster, und zwar 1000 Ster I. Klasse, 700 Ster II. Klasse und 300 Ster III. Klasse, sämtliches entrindet. S.871
Angebote auf die Einheits getrennt nach Klassen sind bis spätestens 5. Mai beim Forstamt einzureichen.

Auslosung städtischer Schulverschreibungen der Stadt Pforzheim.

Bei der am 12. ds. Mts. vorgenommenen Auslosung von nachstehenden am 1. November ds. Jrs. bzw. am 2. Januar 1922 zur Rückzahlung gelangenden städtischen Schulverschreibungen wurden die beigegebenen Nummern gezogen. S.147

Heimzahlbar auf 2. Januar 1922.
Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1880:
Lit. A. 2, 23, 30, 32, 45, 90.
Lit. B. 12, 53, 96, 98, 123, 124, 190, 160, 177, 182.
Lit. C. 21, 22, 64, 98.
Lit. D. 27, 68, 87, 148, 155, 182, 196.
Lit. E. 42, 51, 58.
Die 1880er Anleihe ist nach Einlösung obiger Stücke vollständig getilgt.

Heimzahlbar auf 1. November 1921.
1. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1883:
Lit. A. 46, 56, 78, 102.
Lit. B. 73, 109, 136, 148, 167, 181, 205, 214, 242, 269, 270, 322, 411.
Lit. C. 448, 524, 537, 560, 567, 578, 581, 665, 694, 711.
Lit. D. 733, 742, 802, 813, 839, 846, 864, 902, 905.
Lit. E. 929, 978, 1045, 1051, 1058, 1062, 1107, 1108.
2. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1885:
Lit. A. 52, 65.
Lit. B. 73, 109, 136, 148, 167, 181, 205, 214, 242, 269, 270, 322, 411.
Lit. C. 448, 524, 537, 560, 567, 578, 581, 665, 694, 711.
Lit. D. 733, 742, 802, 813, 839, 846, 864, 902, 905.
Lit. E. 929, 978, 1045, 1051, 1058, 1062, 1107, 1108.

3. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1888:
Lit. A. 18, 40, 67.
Lit. B. 77, 103, 129, 133, 197, 223, 259, 416, 417, 447, 451, 456, 458, 467.
Lit. C. 507, 524, 544, 570, 584, 603, 613, 633, 654, 657, 678, 681, 742, 762.
Lit. D. 788, 799, 845, 862, 917, 921, 922, 930.
Lit. E. 993, 1009, 1021, 1022, 1042, 1049.
4. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1895:
Lit. A. 66, 96, 104, 105, 134, 148, 212.
Lit. B. 235, 273, 321, 343, 398, 446, 469, 489, 500, 611, 644, 693, 841, 919, 920, 935, 1016, 1125, 1139, 1165, 1240, 1245, 1279, 1305, 1366, 1382, 1407.
Lit. C. 42, 45, 47, 84, 159, 385, 387, 454, 486, 559, 581, 607, 609, 631, 724, 790, 802, 815, 820, 854, 885, 909, 933, 1035, 1091, 1101, 1124, 1201, 1223, 1234.
Lit. D. 113, 355, 426, 435, 576, 605, 608, 628, 637, 638, 651, 686, 714, 771, 842.
Lit. E. 122, 132, 144, 184, 265, 285, 303, 408.

5. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1898:
Lit. A. 77, 87, 101, 146, 205, 233.
Lit. B. 54, 115, 173, 205, 311.
Lit. C. 3, 87.
Lit. D. 32, 46, 76.
6. Von den 4% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1899:
Lit. A. 41, 73, 99, 156, 203, 240, 274.
Lit. B. 112, 157, 204, 216, 234, 266, 307, 321, 355, 367, 374, 493, 545, 574, 655, 770, 855, 857, 900, 910, 918, 960, 1003, 1147, 1245, 1258, 1283, 1322, 1468, 1567, 1568.
Lit. C. 44, 66, 104, 201, 211, 214, 236, 311, 359, 380, 430, 462, 499, 531, 559, 608, 630, 663, 697, 715, 733, 761, 796, 822, 837, 895, 1016, 1054, 1118, 1150, 1243, 1354, 1378, 1457.
Lit. D. 80, 104, 116, 140, 156, 180, 196, 217, 255, 349, 441, 499, 533, 549, 578, 591, 604, 611, 635, 702, 976, 999, 1032, 1093, 1102, 1118, 1160, 1181, 1206, 1246.

7. Von den 4% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1901:
Lit. A. 9, 47, 76, 100, 102, 186, 262, 455, 485, 538, 588, 628, 643.
Lit. B. 1, 41, 97, 163, 200, 251, 287, 311, 381, 428, 469, 500, 544, 718, 759, 786, 839, 890, 937, 979, 1019, 1043, 1047, 1096, 1145, 1177, 1245, 1294, 1306, 1321, 1360, 1393, 1441, 1483, 1623, 1698, 1803, 1925.
Lit. C. 50, 274, 296, 352, 374, 376, 432, 485, 596, 635, 649, 710, 763, 776, 786, 862, 916, 936, 1026, 1089, 1186, 1239, 1240, 1507.
Lit. D. 26, 101, 149, 198, 246, 332, 390, 448, 491, 548, 613, 731, 813, 839, 887, 916, 961, 985, 1036, 1106, 1145, 1201, 1345, 1451.

8. Von den 3 1/2% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1905:
Lit. A. 90, 151, 206, 245, 299, 379, 473, 540, 636, 719, 789, 877, 931, 1003, 1091, 1162, 1259, 1366, 1431.
Lit. B. 17, 43, 51, 78, 133, 261, 270, 417, 469, 573, 699, 862, 881, 888, 909, 936, 956, 982, 1025, 1056, 1076, 1667, 1754, 1821, 1840, 1871, 1900, 1921, 1941, 1968, 1976, 1982, 1993, 2020, 2031, 2091, 2110, 2128, 2146, 2165.
Lit. C. 6, 50, 119, 151, 245, 320, 389, 473, 545, 596, 659, 800, 843, 912, 966, 1028, 1088, 1153, 1235, 1292, 1360, 1419, 1501, 1600, 1644, 1728, 1781, 1828, 1894, 1952, 2021, 2077, 2133, 2277, 2382.
Lit. D. 20, 25, 58, 86, 154, 188, 222, 242, 284, 312, 360, 429, 468, 509, 554, 638, 754, 790, 794, 823, 859, 880, 900, 946, 968, 1012, 1041, 1093, 1128, 1166, 1211, 1285.

9. Von den 4% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1907:
Lit. A. 19, 85, 164, 238, 297, 363, 415, 460, 520, 617, 693, 762, 832, 910, 1019, 1200.
Lit. B. 215, 414, 700, 783, 844, 935, 993, 1039, 1132, 1433, 1466, 1498, 1513, 1529, 1557, 1588, 1616, 1646, 1686, 1727, 1754, 1770, 1762, 1807, 1840, 1885, 1954.

Lit. C. 1, 32, 57, 120, 160, 196, 400, 401, 448, 494, 531, 636.
Lit. D. 52, 110, 162, 222, 260, 316, 348, 389, 410, 533, 601, 636, 705, 760, 820, 867, 968.

10. Von den 4% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1910:
Zeichensgabe 1910 = 6 000 000 M.
Zeichensgabe 1911 = 4 000 000 M.
Lit. A. 77, 129, 167, 213, 294, 345, 394, 450, 489, 491, 533, 616, 671, 749, 833, 904, 973, 1022, 1085, 1136, 1281, 1372, 1443, 1531, 1664, 2026, 2027, 2028, 2179, 2373.
Lit. B. 139, 153, 161, 180, 189, 201, 228, 256, 282, 301, 320, 342, 365, 405, 424, 451, 463, 475, 494, 506, 514, 543, 567, 597, 619, 637, 674, 1210, 1239, 1261, 1289, 1315, 1399, 1419, 1444, 2031, 2058, 2097, 2130, 2216, 2238, 2272, 2297, 2330, 2985, 3028, 3061, 3401, 3402, 3403, 3441, 3575.
Lit. C. 1, 49, 155, 196, 278, 401, 453, 525, 749, 800, 852, 963, 1039, 1255, 1332, 1377, 1378, 1506.
Lit. D. 22, 55, 95, 189, 273, 386, 463, 514, 585, 630, 688, 748, 850, 918, 1002, 1047, 1129, 1254, 1312, 1382, 1438, 1510, 1565, 1653, 1793, 1830, 1916, 2000.

11. Von den 4% städtischen Schulverschreibungen vom Jahre 1912:
Lit. C. 32, 108, 185, 238, 284, 325, 369, 400, 401, 441, 493, 558, 607, 685, 782, 807, 863, 934, 993, 1062, 1107, 1150, 1194, 1214, 1270, 1316, 1351, 1405, 1486, 1589.
Die übrigen nach dem Tilgungsplan auszulösenden Stücke dieser Anleihe, wurden durch freihändigen Rückkauf erworben.
Von dem zur Heimzahlung bestimmten Zeitpunkt an hört die Verzinsung der obigen ausgelassenen Schulverschreibungen auf.
Die Auszahlung der ausgelassenen Stücke im Nennwert erfolgt auf die Fälligkeitstermine bei der Stadthauptkasse in Pforzheim und bei den auf die Schulverschreibungen und Zinscheinen angegebenen Zahlstellen gegen Rückgabe der Schulverschreibungen samt den unterfallenen Zinscheinen und Zinscheinanweisungen. Der Betrag der etwa fehlenden unterfallenen Zinscheine wird bei der Auszahlung am Kapital in Abzug gebracht.
Von den in früheren Jahren gezogenen Schulverschreibungen sind folgende Stücke noch nicht eingelöst und daher außer Verzinsung:
Som Anleihen 1880: Lit. A. 14, 27, Lit. B. 163, Lit. D. 4. Som Anleihen 1883: Lit. A. 34, Lit. B. 117, 118, 169, 194, 347, Lit. C. 124, 136, 538, 551, 908, Lit. D. 239, 257, 322, Lit. E. 55, 299, 327, 379, 422. Som Anleihen 1885: Lit. A. 50, Lit. B. 156, 165, 174, 266, 275, Lit. C. 480, Lit. D. 722, Lit. E. 923, 961, 1020, 1048. Som Anleihen 1888: Lit. B. 110, 166, 270, Lit. D. 955, Lit. E. 1038. Som Anleihen 1895: Lit. B. 71, 243, 762, 831, Lit. C. 383, Lit. D. 548, Lit. E. 182, 183. Som Anleihen 1898: Lit. A. 202, 219, Lit. C. 44. Lit. D. 5. Som Anleihen 1899: Lit. A. 68, 399, Lit. B. 128, 301, 424, 836, 1190, 1330, 1374, 1403, 1637, Lit. C. 68, 843, 904, 905, 926, 1275, 1300, 1388, 1486, Lit. D. 256, 320, 323, 508, 539, 613, 743, 805, 855, 893, 996. Som Anleihen 1901: Lit. A. 145, 174, 211, 669, Lit. B. 8, 21, 80, 266, 486, 534, 581, 720, 721, 1566, 824, 834, 928, 1070, 1101, 1430, 1514, 1544, 1699, 1865, 1974, 1984, Lit. C. 130, 202, 265, 273, 391, 407, 431, 593, 602, 606, 652, 777, 782, 807, 820, 822, 840, 1199, 1231, 1271, 1302, 1577, 1583, Lit. D. 7, 77, 454, 537, 617, 765, 774, 1039, 1058, 1103, 1104, 1151, 1291, 1318, 1467, 1480. Som Anleihen 1905: Lit. A. 932, Lit. B. 30, 353, 560, 685, 1351, Lit. C. 35, 204, 552, 1140, 1213, 1277, 1443, 1534, 1726, 1757, 1995, 2113, 2195, Lit. D. 129, 131, 189, 755, 996, 1331, 1497. Som Anleihen 1907: Lit. A. 165, 522, 1130, Lit. B. 44, 72, 104, 250, 309, 362, 366, 628, 1100, 1190, 1478, 1566, 1693, 1828, 403, 462, 517, 966, 1186, 1187, 1203, 1280, 1616, Lit. B. 7, 149, 276, 334, 788, 1183, 1247, 1305, 1544, 1618, 1644, 1722, 2167, 2385, 2408, 2556, 2652, 2736, 3145, 3232, Lit. C. 550, 573, 641, 656, 764, 778, 810, 816, 891, 969, 1037, 1407, Lit. D. 2, 117, 188, 235, 237, 274, 388, 524, 557, 640, 719, 820, 1139, 1153, 1196, 1198, 1233, 1507, 1609. Som Anleihen 1912: Lit. C. 21, 91, 483, 579, 731, 814, 838, 895, 1247, 1364.
Pforzheim, den 12. April 1921. Der Stadtrat.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
S.324.2 Pforzheim.
Die Stadtgemeinde Pforzheim hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 14. Dezember 1907 über die für sie im Grundbuch von Pforzheim Band 45 A Heft 5, dritte Abteilung Nr. 2, Band 329 Heft 17 dritte Abteilung Nr. 2, Band 301, Heft 4 dritte Abteilung Nr. 3 u. Band 332 Heft 4 dritte Abteilung Nr. 3 auf den Grundstücken der Gemarkung Pforzheim Gb. Nr. 10852, 14501, 17778 und dem Anteil des Christian Seemann an Gb. Nr. 10852a eingetragene, zu 4% oder 5% Proz. verzinsliche Darlehensforderung von 3000 M. beantragt.
Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Donnerstag, den 13. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Pforzheim anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Pforzheim, 14. April 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. IV.

S.316.2 Raffatt. Das Amtsgericht Raffatt hat folgendes Aufgebot erlassen:
Gregor Grünbacher, Landwirt in Steinmauern, hat beantragt, seinen Schwager, den ledigen am 7. August 1868 in Steinmauern geborenen Tagelöhner Albert Kimmel für tot zu erklären. Der Verschollene ist im Jahre 1892 von Steinmauern aus, seinem letzten inländischen Wohnort, nach Amerika ausgewandert. Die letzte Nachricht von ihm stammt aus dem Jahre 1900.
Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, 4. Nov. 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Raffatt anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen.
Raffatt, 14. April 1921.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen
Aus der Frau Anna Mone-Damma Stiftung in Karlsruhe sind für das Jahr 1921 an badiische Landesangehörige christlicher Konfession folgende Beihilfen zu vergeben:
1. an 10 bedürftige, begabte und fleißige Knaben (6 katholische, 4 evangelische), die die hiesige Kunstgewerbeschule, Baugewerkschule, oder eine andere der Ausbildung in einem gewerblichen Beruf dienende badiische Anstalt besuchen, und zwar:
a) an 5 Knaben, deren Eltern nicht am Orte der Anstalt wohnen, je 400 Mark, b) an 5 Knaben, deren Eltern am Orte der Anstalt oder in deren unmittelbarer Nähe wohnen, je 160 M.
2. an 10 bedürftige, unbescholtene und fleißige Mädchen (6 katholische, 4 evangelische) zur Ausbildung als tüchtige Näherinnen, Webermädchen, Köchinnen oder in einer Haushaltungsschule, und zwar an 5 Mädchen 300 M. und an 5 Mädchen 100 M., je nach dem Wohnort der Eltern (vgl. oben 1a u. 1b). S.712.2
Die Vergewerungen sind unter Einschluß der erforderlichen Nachweise (Schul- und Gütezeugnisse, Zeugnis über die Vermögens- u. Erwerbsverhältnisse sowohl des Bewerbers selbst als auch seiner Eltern und über die Zahl der unterhaltenen Kinder der Eltern, Nachweis der badiischen Staatsangehörigkeit und des Revisionsbefenntnisses, für Mädchen auch der Ehevertrag, spätestens bis 20. Juni d. J. bei uns einzureichen.
Karlsruhe, 1. April 1921.
Verwaltungshof.

Für den Neubau von 30 Beamtenwohnungen an der Englerstraße in Karlsruhe sollen nach Ministerialverordnung vom 3. Januar 1907 vergeben werden:
Erdarbeiten: ca. 1200 cbm, Teilung in Lofe vorbehalten, Mauerarbeiten: Backsteinmauerwerk ca. 1800 cbm, Vergebung in 3 Lofen, Zementarbeiten: ca. 60 cbm, Teilung in Lofe vorbehalten, Eisenbetondecken (über andere Maßstäben): ca. 1000 qm, Steinmauerarbeiten (Sandstein): Fensterbänke und Türgehäule ca. 17 cbm, Kupferblechlieferung: Treppen ca. 12 cbm, Gipslieferung: ca. 470 cbm, das erforderliche Rundholz wird gestellt, Teilung in Lofe vorbehalten, Zimmerarbeit: Gebälk- und Dachholz ca. 370 cbm, Vergebung in 3 Lofen, Schmeldearbeit: ca. 800 kg, Vergebung in 3 Lofen, Dachdeckung (Ziegel): ca. 1900 qm, Teilung in Lofe vorbehalten, Mauerarbeiten: Minnen ca. 210 m, Fallrohre ca. 120 m, Vergebung in drei Lofen.
Unterlagen im Baubüro, Schloßplatz 2, Zimmer Nr. 8 (Eingang Kronenstr.) einzusehen, wo auch Angebots- und Kostenvoranschläge gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben werden.
Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Eröffnungstermin, 7. Mai 1921, vorm 10 Uhr, an das Baubüro für den Neubau beim Finanzministerium. Zuschlagsfrist 14 Tage.
S.872.2.1
Karlsruhe, 19. April 1921.
Finanzministerium.
Öffentliche Versteigerung aller für Eisenbahnwerke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter Dezimalbrückenwaagen, Erdhölzer, Neuhäuser, Kofostieppide für Turnhallen geeignet u.a.m. gegen Verzahlung am Freitag, den 20. April 1921, vormittags 8 Uhr beginnend im Gerätemagazinamt Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Altpurzerstraße) S.863.2.1
Materialamt der Eisenbahn-Generaldirektion.